

"Deutsch-französische Verständigung" in Freie Presse (13. Mai 1950)

Legende: Am 13. Mai 1950 beschreibt die deutsche Tageszeitung Freie Presse die wechselvolle Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen und begrüßt die Schuman-Erklärung vom 9. Mai als den Beginn einer neuen Verständigung zwischen den beiden Ländern.

Quelle: Freie Presse. Tageszeitung für Bielefeld Stadt und Land. 13.05.1950, Nr. 112; 5. Jg. Bielefeld. "Deutsch-französische Verständigung", auteur:Severing, Carl , p. 2.

Urheberrecht: (c) Freie Presse

URL: http://www.cvce.eu/obj/deutsch_franzoesische_verstandigung_in_freie_presse_13_mai_1950-de-875a3d89-1997-4525-8bd9-657e73d4e48b.html

Publication date: 18/12/2013

Deutsch-französische Verständigung

Carl Severing

Am 10. Mai 1871 wurde in Frankfurt a. M. der Friedensvertrag unterzeichnet, der den Schlußpunkt unter den deutsch-französischen Krieg von 1870 setzte. Er verpflichtete Frankreich zur Abtretung von Elsaß-Lothringen und zur Zahlung einer Kriegsentschädigung im Betrage von fünf Milliarden Franken. In der französischen Nationalversammlung, die einige Monate vorher in Bordeaux versammelt war und die mit 546 gegen 107 Stimmen dem Abschluß des Präliminarfriedens zustimmte, hatten die elsaß-lothringischen Abgeordneten schon feierlich dagegen protestiert, daß die Abtretung ihres Landes ohne ihre Zustimmung verfügt worden sei. Nach dem endgültigen Friedensschluß beschränkte sich der Protestlerkreis nicht mehr auf die elsaß-lothringischen Abgeordneten. Große Teile der französischen Bevölkerung empfanden den Friedensvertrag als unerträglichen Druck und schimpfliche Demütigung. Das Wort von der „Revanche“ wurde die Losung der Kreise des französischen Bürgertums, die sich die Deutschen als friedliche Nachbarn nicht vorstellen konnten und vorstellen wollten. Das Auftreten der meisten elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage der Vorkriegszeit war oft der sprechendste Beweis dafür, daß diese Stimmung noch nicht verflogen und es selbst in einem Zeitraum von vier Jahrzehnten nicht gelungen war, das französische Volk im allgemeinen und die Bevölkerung Elsaß-Lothringens im besonderen mit Deutschland zu versöhnen.

Dann kam der erste Weltkrieg, der in seinen westlichen Fronten zumeist auf französischem Boden ausgetragen wurde, Städte, Werksanlagen und Felder verwüstete und über Millionen Familien Trauer und Not brachte. Noch waren alle diese Wunden nicht vernarbt, als das Hitler-Abenteuer aufs neue Frankreich mit Krieg und auch mit all den Schrecken überzog, die dem Krieg im Zeitalter der Bombenflugzeuge anhaften. Seit dieser Zeit ist der Ruf nach Sicherheit in Frankreich wieder besonders vernehmlich geworden, und es hat nicht an Stimmen gefehlt, die diese Sicherheit durch die brutalste Schwächung Deutschlands auf allen Gebieten forderten.

Wie die verantwortlichen Staatsmänner in vielen anderen Ländern Europas, so haben jedoch auch Männer in französischen Regierungskreisen erkannt, daß mit den alten Mitteln der Unterdrückung eines Volkes der Friede nicht gewahrt werden kann, daß, abgesehen von allen humanitären Forderungen, die technische Entwicklung in Wirtschaft und Kriegführung auf andere Bahnen drängt. Der Ruf von den Vereinigten Staaten von Europa ist allgemein geworden, wenn er auch vielfach erst unartikuliert Lauten gleicht, die das Verlangen ausschreien, die Völker nicht durch Haß auseinanderzureißen, sondern sie um des Friedens willen zusammenzuführen...

Am 10. Mai 1950, auf den Tag genau 79 Jahre nach der Unterzeichnung des Frankfurter Friedens, gibt die französische Regierung einen Vorschlag bekannt, die gesamte Kohlen- und Eisenerzeugung Deutschlands und Frankreichs unter die Vollmacht einer Organisation zu stellen, die auch anderen europäischen Ländern offen stehen soll. Das Echo, das diese Ankündigung in der ganzen Welt gefunden hat, läßt ihre große Bedeutung als einen ersten praktischen Schritt der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erkennen. Die Welt weiß, daß der Gedanke dieser Verständigung an sich nicht neu ist. In den Spalten der „Freien Presse“ und ihrer Vorgängerin, der „Volkswacht“, ist ständig für ihn geworben worden. Schon vor den Kriegen ließ sich leicht nachweisen, daß die vielen gemeinsamen Aufgaben auf den Gebieten der Wirtschaft und Kultur den günstigsten Betätigungsboden für alle bildeten, die in Deutschland und Frankreich guten Willens waren. Der Güteraustausch zwischen den beiden Ländern vor den Kriegen, belegt durch die Statistiken des Außenhandels, war dafür ein unwiderleglicher Beweis. Aber dann kamen die Kriege und mit ihnen die beiderseitigen alten Schlagworte vom „Erbfeind“, die neue Verbitterung und neuen Haß verbreiteten. Es war schwer, die öffentliche Meinung Deutschlands und Frankreichs für eine Verständigung zu gewinnen, wenn diese Verständigung als Unterwerfung des einen und Bevorrechtung des anderen erscheinen mußte. In beiden Ländern ist von verstiegenen Nationalisten alles getan worden, um Gefühle und Meinungen dieser Art aufzuwühlen und immer weiter zu verbreiten. Das trübte allzu lange den Blick für die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen. Es gehörte und gehört darum zur politischen Kleinarbeit des Tages, der Hetze und dem Hasse in beiden Ländern entgegenzutreten, wenn der Wille zur Zusammenarbeit nicht verschüttet bleiben soll.

Diese Erwägungen und diese Betätigung für den Abbau des Völkerhasses, so erfolglos sie manchmal erscheinen mochten, wenn die Orgien der Verhetzung besonders tolle Blüten trieben, reifen jetzt doch wohl zu praktischen Entscheidungen heran. Die Pläne, durch politische Organisation die Völker Europas näher zu bringen, stecken noch in den Anfängen ihrer Ausführung. Der beherzte Schritt der französischen Regierung unternimmt den Versuch, die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen Gebieten in Gang zu bringen. Es ist müßig, darüber zu debattieren, welcher Art der Vorzug zu geben ist. Hier gilt das alte hausbackene Wort, daß man das eine tun und das andere nicht lassen soll. Es ist auch müßig, voraussagen zu wollen, welche unmittelbare Wirkung der Vorschlag der französischen Regierung haben wird. Der Vorschlag selbst ist eine Tat. Sie zeugt von einem klaren Blick für die vorhandenen Möglichkeiten, ein schnelleres Tempo in die Bestrebungen zur Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland und zur Herbeiführung der Vereinigten Staaten von Europa zu bringen. Sie ist aber auch der Ausdruck eines hohen Mutes. Jahrzehntlang haben sich die Besten in Deutschland und Frankreich um die Verständigung bemüht, ohne sichtbare Erfolge zu erzielen. Das hätte ängstliche Staatsmänner schrecken können — Staatsmänner von der Art, die erst den berühmten 51prozentigen Erfolg gesichert haben wollen, ehe sie sich zu einem Vorgehen entschließen. Die französische Regierung hat den Mut aufgebracht, nach vielen guten Worten eine Tat zu zeigen.

Vergleicht man darum ihren Vorschlag mit den Ereignissen, die am 10. Mai vor 79 Jahren zum Frieden von Frankfurt führten, und mit der Stimmung, die der Friedenstag in Frankreich auslöste, dann kann man über den Wandel nur erfreut sein. Und doch wäre es verfehlt, die praktischen Folgen des Vorschlages zu überschätzen. Schuman hat davon gesprochen, daß von beiden Ländern die Initiative ergriffen werden mußte, um den Jahrhunderte alten Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland auszuschalten. Dem ist nicht zu widersprechen. Es ist kaum anzunehmen, daß es in Deutschland ernst zu nehmende Stellen geben wird, die nicht freudig bereit wären, die Initiative Frankreichs mit entsprechenden Handlungen zu beantworten. Zur Verständigung gehören zwei, und wenn das große Werk gelingen soll, müssen von beiden Seiten alle Anstrengungen gemacht werden, um auftauchende Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Denn daß es ohne Schwierigkeiten abgehen wird, ist kaum anzunehmen. Schon werden von der französischen Schwerindustrie Widersprüche angemeldet, die vermuten lassen, daß es auch in der französischen Öffentlichkeit nicht ohne heftige Erörterungen des Für und Wider abgehen wird. Man weist darauf hin, daß ein durchschlagendes Ergebnis für die Befriedung Europas auf diesem Wege nur erreicht werden könne, wenn auch England und Polen in das Abkommen einbezogen würden. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Beteiligung dieser beiden Produktionsländer für Kohle und Eisen von ungeheurem Nutzen für einen wirklichen Zusammenschluß der Staaten von Europa werden könnte. Aber es wäre ein Fehler, den Schumanschen Plan von dieser Beteiligung abhängig zu machen.

Kurt Schumacher hat in einer Unterredung in Bonn den französischen Vorschlag als einen Rahmen bezeichnet, von dem man noch nicht wisse, welche Züge das Bild tragen würde, das man in ihn hineinstellt. Wenn man den Vergleich mit diesem Bilde aufnimmt, dann darf man hinzufügen, daß ein fertiges Bild den Rahmen sobald nicht füllen wird, sondern daß es vieler Steinchen bedürfen wird, um es zusammzusetzen. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die ersten dieser Steinchen nicht weggeworfen, sondern eingefügt werden. Besser ein bescheidener Anfang als ewige Leere!